

**//BESCHLUSS//**

## **Arbeitszeitnormen der Lehrkräfte endlich einhalten**

**Datum:** 2022-05-10

**Beschreibung:** Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz

### **Beschluss**

Die GEW Niedersachsen fordert die Landesregierung mit Nachdruck auf, auch wegen der aktuell erschwerten Situation infolge der Corona-Pandemie unverzüglich die grundsätzliche Einhaltung der 40-Stunden-Woche für eine Vollzeitlehrkraft zu gewährleisten und insbesondere die Überschreitung der gesundheitsgefährdenden 48-Stunden-Woche zu verhindern. Für Teilzeitlehrkräfte muss gewährleistet sein, dass ihre Arbeitszeit proportional zum jeweiligen Teilzeitfaktor sinkt.

Darüber hinaus fordert die GEW Niedersachsen die Landesregierung mit Nachdruck auf, zwecks Aufrechterhaltung und Verbesserung der Unterrichtsqualität weitere Lehrkräfte in der erforderlichen Anzahl einzustellen und weitere Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte zu treffen, etwa in Form des vom Expertengremium vorgeschlagenen neuen Instruments von Entlastungsstunden. Die Arbeitszeitverordnung ist entsprechend zu novellieren und entsprechende Ressourcen sind in den Landeshaushalt einzustellen.

- In diesem Sinne fordert die GEW Niedersachsen, dass die Landesregierung den diesbezüglichen Empfehlungen des vom Kultusministerium eingesetzten „Expertengremiums Arbeitszeitanalyse“ vom 22. Oktober 2018 endlich folgt und unverzüglich erfolgsversprechende Maßnahmen trifft, die zur Vermeidung der systematischen Arbeitszeitüberschreitungen erforderlich sind. Den hierfür erforderlichen kurzfristigen (!) Bedarf an Lehrkräften für die Schulen hatte das Expertengremium Stand 2016 ermittelt. Dieser ist aufgrund der seitherigen Belastungsentwicklungen zu aktualisieren. Für diejenigen Schulformen, für die dem Expertengremium keine belastbaren Zahlen zur Verfügung gestanden hatten, sind unverzüglich entsprechende Arbeitszeitstudien zu erheben, wie das Expertengremium ebenfalls gefordert hatte.
- Die GEW Niedersachsen setzt sich ferner im Sinne einer verbesserten Unterrichtsqualität dafür ein, den vom Expertengremium errechneten zusätzlichen Bedarf an Lehrkräften ebenfalls zu aktualisieren, und geeignete Maßnahmen zu treffen, diese Lehrkräfte in der erforderlichen Anzahl einstellen zu können.

**//BESCHLUSS//**

- Die GEW fordert die Landesregierung schließlich auf, noch vor den Landtagswahlen im Oktober dieses Jahres den vom Kultusministerium entwickelten sogenannten Sieben-Stufen-Plan zur Entlastung von Lehrkräften und Schulleitungen, der während der Corona-Pandemie nicht weiterverfolgt wurde, konsequent umzusetzen und insbesondere für die in dieser Legislaturperiode nicht mehr angegangenen Stufen einen präzisen Zeitplan rechtlich verbindlich festzuschreiben.